



### Schwarz-gelbe Landesregierung streicht zwölf Polizeistellen in Düsseldorf



Zu den Planungen der schwarz-gelben Landesregierung, die sogenannte „belastungsbezogene Kräfteverteilung an die Kreispolizeibehörden (KPB)“ zu verändern und ab dem 1. September 2018 der Landeshauptstadt zwölf Polizisten weniger zuzuweisen, erklärt der Düsseldorfer Landtagsabgeordnete Markus Herbert Weske: „Die jetzt in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Zahlen stehen in einem scharfen Gegensatz zu den vollmundigen Ankündigungen der schwarz-gelben Landesregierung, die Polizei und die innere Sicherheit zu stärken.“

[weiter](#)

### Landtag beschließt Grundstücksverkauf „Ulmer Höh“: Auf über 35.000 qm entsteht zu 50 Prozent öffentlich geförderter Wohnraum



Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags hat letzte Woche dem Verkauf des Geländes der ehemaligen Justizvollzugsanstalt in Düsseldorf-Derendorf an der Ulmenstraße („Ulmer Höh“) zugestimmt. Bereits im Juni 2015 hatten sich der damalige NRW-Bauminister Mike Groschek und die Stadt Düsseldorf aufgrund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt auf eine Quote von 50 Prozent für den öffentlich geförderten Wohnraum verständigt.

[weiter](#)

### Neue Aufgabe: Weske nun Mitglied in der NRW-Vollzugskommission



Die SPD-Landtagsfraktion hat den Düsseldorfer Landtagsabgeordneten Markus Herbert Weske als Beauftragten des Landtags für das Vollzugswesen im Land Nordrhein-Westfalen (Vollzugskommission) benannt. Diese Vollzugskommission informiert sich regelmäßig unter anderem über die Unterbringungs- und Verpflegungsverhältnisse der Gefangenen, über den baulichen Zustand der Haftanstalten sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Vollzugsbediensteten.

[weitere Informationen zur Vollzugskommission](#)

---

## Mitte-Rechts-Regierung im Privatisierungswahn stoppen



Mit der angekündigten Privatisierung der Spielbanken in NRW zeigt die Mitte-Rechts-Koalition, worum es ihr dabei wirklich geht: eine Rückkehr zur alten „Privat vor Staat“-Ideologie.

Überhastet wird auf den Rücken der Beschäftigten ein Verkauf vorbereitet, ohne nähere Details zu kennen und darzulegen.

Besonders bezeichnend ist dabei, dass erst nach dem angekündigten Verkauf Kriterien vorgelegt worden sind, wie in Zukunft Privatisierungen abgewickelt werden sollen. Dies lässt nichts Gutes erahnen und erinnert an die Zeiten der

Regierung Rüttgers und den Verkauf der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft LEG.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Privatisierung zu stoppen und zusammen mit den Beschäftigten an einer Neuordnung der Spielbanken zu arbeiten.

Drucksache [17/3007](#)

---

## Studiengebühren stoppen - Konsequenzen aus den Erfahrungen in Baden-Württemberg ziehen



Obwohl sich gebührenfreie Bildung in Nordrhein-Westfalen aus vielen sozialen und auch ökonomischen Gründen bewährt hat, haben CDU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer angekündigt. Damit Bildung gebührenfrei bleibt, hatte die SPD-Fraktion im Sommer 2017 ein Gebührenfreiheitsgesetz in den Landtag eingebracht. Die damit einhergehende Anhörung bestätigte die SPD-Position: Kein Sachverständiger sprach sich für das Gebührenmodell der Mitte-Rechts-Regierung aus.

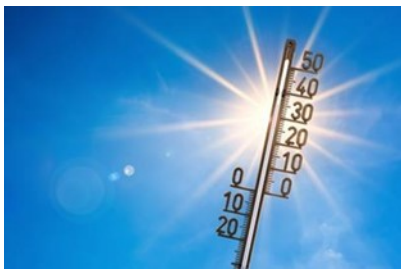
CDU und FDP zogen ihre Pläne zur Einführung von Studienbeiträgen bis zur

Vorlage von Zahlen aus Baden-Württemberg, das bereits Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer erhebt, zurück. Diese Zahlen liegen nun vor und belegen: Zusätzliche Einnahmen für die Hochschulen bleiben durch sinkende Studierendenzahlen und den gesteigerten Verwaltungsaufwand aus. Wir fordern die Landesregierung deshalb dazu auf, die Pläne zur Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Drittstaaten endgültig zu begraben.

Drucksache [17/3008](#)

---

## Hitzebelastung senken sichert Lebensqualität in NRW



Auch in Nordrhein-Westfalen wirkt sich der Klimawandel bedrohlich auf viele Lebensbereiche aus. Er zeigt schon jetzt Auswirkungen auf die Bereiche Wohnen, Mobilität, Landwirtschaft sowie auf Flora und Fauna. Eine im April 2018 vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz veröffentlichte Studie zeigt, dass die Anzahl der heißen Tage steigen wird und sommerliche Hitzeperioden stärker und länger anhalten werden. Über fünf Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind schon heute bei sommerlichen Temperaturen einer besonders großen Hitzebelastung ausgesetzt. Mit Blick auf den Klimawandel wird bis zur Mitte des Jahrhunderts jeder zweite Einwohner Nordrhein-Westfalens mit den Auswirkungen der Hitze zu kämpfen haben. Die SPD fordert deshalb von der Landesregierung in Zusammenarbeit mit den kommunalen und regionalen Institutionen **Ziele und Aufgaben für eine klimagerechte Stadtentwicklung und -planung** abzuleiten. Ein entsprechendes Programm muss dafür sorgen, dass die Belastungen des Klimawandels die Menschen mit kleinerem Einkommen nicht noch stärker treffen.

Drucksache [17/3015](#)

## Familienpolitik in NRW: CDU und FDP sind umgekippt



Noch vor einem Jahr waren die damaligen Fraktionen im Landtag NRW gemeinsam der Auffassung, dass Familienpolitik wissenschaftlich sein sollte. Die Enquete-Kommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ legte damals mit den Stimmen aller Fraktionen und aller Sachverständigen ihren Abschlussbericht vor (Drucksache [16/14000](#)). Enthalten waren darin einstimmig verabschiedete Empfehlungen wie eine kontinuierliche Familienberichterstattung, eine Evaluierung familienpolitischer Maßnahmen gemeinsam mit den Kommunen sowie die Entwicklung von Instrumenten zur Überprüfung der Wirksamkeit familienpolitischer Leistungen. Dann kam die Landtagswahl. Und damit auch ein Umkippen bei FDP und CDU. Die SPD fordert die Landesregierung auf, die Anforderungen der Enquete-Kommission umzusetzen. Einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache [17/814](#)) haben die Regierungsfaktionen bereits im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend abgelehnt. Dem vorausgegangen war ein Gespräch mit allen Experten der Kommission, die weiterhin einstimmig die Richtigkeit der Empfehlungen unterstrichen.

Drucksache [17/814](#)

---

## Mehr Jobs und Lebensqualität für das Ruhrgebiet - die IGA Metropole Ruhr 2027 verdient die Unterstützung der Landesregierung



20 Jahre nach der IBA (Internationale Bauausstellung) Emscher Park und der Kulturhauptstadt 2010 ist mit der Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2027 ein neues Dekadenprojekt in der Metropole Ruhr für eine Zukunft ohne Bergbau auf den Weg gebracht worden. Die Kommunen der Metropole Ruhr verbinden mit der IGA Zukunftsperspektiven für das Ruhrgebiet: Neue Arbeitsplätze, eine prosperierende Wirtschaftslandschaft, Wohnungsbau am Wasser, grüne Stadtquartiere und die Ansiedlung von Zukunftstechnologien. Bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze könnten entstehen. Für einen öffentlich investierten Euro fließen laut neuesten Studien zum Projekt sechs bis acht privat investierte Euro in die Region zurück.

Vor dem Hintergrund dieser Möglichkeiten und Perspektiven sollte es im Interesse des gesamten Landes sein, das Projekt zum Erfolg zu führen. Neben einer angemessenen Unterstützung der IGA durch die Landesregierung schlägt die SPD-Landtagsfraktion vor, die IGA als **Leuchtturmprojekt** in die Ruhrgebietskonferenz der Landesregierung aufzunehmen, um diese endlich mit Leben zu füllen.

---

## Fotonachweis

Polizei: Daniel Behmenburg  
Ulmer Höh: [www.wig-duesseldorf.de](http://www.wig-duesseldorf.de)  
JVA: Justizministerium NRW  
Roulette: Urheber: Victor Moussa - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)  
Studiengebühren: Urheber: arborpulchra - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)  
Temperatur: Urheber: John Smith - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)  
Familienpolitik: Urheber: kristall - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)  
Blumen: Urheber: texel - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)